

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 RM., vierteljährlich 4,50 RM.; durch die Post bezogen monatlich 3 RM., vierteljährlich 9 RM. — Verlagsangelegenheiten kosten pro Seite 75 Pf. — Preis- und Geschäftsbedingungen werden nicht ausgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Carl Schudy; Druck: H. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Buchum, Bismarckstr. 33-42. Telefon-Nr. 83, 89 u. 98. Telegr.-Nr.: Mittelb. Buchum.

Reichskonferenz und Lohnfrage.

Am 10. September tagte in Hannover die Reichskonferenz der freigewerkschaftlichen Organisationen in der Bergbauindustrie, um zu dem Ergebnis der zentralen Lohnverhandlungen Stellung zu nehmen. Anwesend waren insgesamt 242 Vertreter der einzelnen Organisationen. Davon entfielen auf unseren Verband 178, den Verband der Geizer und Maschinisten 32, den Metallarbeiterverband 21, den Fabrikarbeiterverband 5, den Bund der technischen Angestellten und Beamten 3, den Bauarbeiterverband 2 und den Transportarbeiterverband 1. Die Verhandlungen dauerten von vormittags 9 Uhr bis nach 7 Uhr abends. An der Aussprache beteiligten sich 31 Vertreter aus allen Bergbaubezirken, darunter nur 3 Verbandsangestellte. In namentlicher Abstimmung wurde folgende Entschließung mit 154 gegen 71 Stimmen angenommen:

Die am 10. September 1921 in Hannover tagende Reichskonferenz der freigewerkschaftlichen Organisationen in der Bergbauindustrie erkennt an, daß durch die zum Abschluß gelangten zentralen Lohnverhandlungen für den gesamten Bergbau prinzipielle und praktische Vorteile erzielt worden sind. Vornehmlich ist die frühere grundsätzliche Stellungnahme der Bergwerksunternehmer, jede zentrale Verhandlung abzulehnen, durch das Vorgehen sämtlicher Arbeiterorganisationen aufgebrochen, und so der Weg für die Entwicklung zum Reichslohn geschaffen worden.

Ein weiterer Vorteil der zentralen Verhandlungen ist, daß durch sie die Lohnfrage für die kleinen, weniger wirtschaftlichen Bezirke schneller und günstiger zum Abschluß gebracht werden konnte, als wenn diese Bezirke ohne Einsicht der Hauptbezirke verhandelt hätten. Die Konferenz hält es zurzeit für unmöglich, daß bei zentralen Verhandlungen alle berechtigten Wünsche der einzelnen Bezirke erfüllt werden können. Es ist notwendig, daß ein Bezirk auf das andere Rücksicht nimmt. Unschonbar, die sich bei den diesmaligen zentralen Verhandlungen herausstellten, werden im Laufe der Zeit durch die Praxis ausgemerzt werden müssen.

Zentrale Verhandlungen lassen sich nicht zu jeder Zeit einleiten, sondern es sind hierfür auch bestimmte Voraussetzungen gegeben. Die Konferenz beauftragt, daß es nicht gelun- gen ist, gleichmäßige Lohnzulagen für alle Bezirke ab 1. August d. J. zu erreichen, erkennt aber an, daß die verhandlungsführenden Organisationsleiter ihre ganze Kraft einsetzten, um dieses Ziel zu erreichen, andererseits jedoch die Schwierigkeiten, die sich bei der Erreichung zentraler Verhandlungen entgegenstellten, außerordentlich groß waren. Die Konferenz stimmt trotz erheblicher Bedenken der Annahme der vorliegenden Lohnvereinbarungen zu und beauftragt die Organisationsleitungen, die Unterzeichnung der Vereinbarungen vorzunehmen, wenn die Lohnverhandlungen in den noch ausstehenden Bezirken zum Abschluß gebracht sind.

Die Konferenz beauftragt die Organisationsleitungen ferner, die Preisentwicklung auf dem Lebensmittelmarkt weiter zu verfolgen, und zu prüfen, ob mit neuen Lohnforderungen an die Unternehmer heranzutreten. Mit allem Nachdruck muß aber erklärt werden, daß bei den diesmaligen Verhandlungen der Einfluß der Organisationsleiter viel größer gewesen wäre, wenn alle im Bergbau beschäftigten Arbeitnehmer reichs- gewerkschaftlich organisiert wären. Um dieses Ziel zu erreichen, fordert die Konferenz alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer in der Bergbauindustrie auf, gemeinsam mit den Mitgliedern der anderen anerkannten Organisationen ihre ganze Kraft einzusetzen, damit die organisierte, Zusammenfassung der Bergarbeiter eine viel bessere wird. Der geschlossenen Organisation des Bergbauunternehmens muß die geschlossene Front aller Bergarbeiter entgegengesetzt werden.

Von unserem Verband wurden 168 Stimmen abgegeben. Davon waren 108 für und 60 gegen die Entschließung. Anwesend waren die Delegierten der Generalversammlung sowie die Verbandsleitung und die Bezirksleiter. Von den noch in Arbeit stehenden Vertretern stimmten 68 für und 58 gegen die Entschließung. Die „Verbandsorgane“ haben also wieder bei der Aussprache, noch bei der Abstimmung den Ausschlag gegeben. Vom Verband der Geizer und Maschinisten stimmten 21 mit ja, 7 mit nein, vom Metallarbeiterverband 18 mit ja und 4 mit nein, vom Fabrikarbeiterverband 5 mit ja, vom Transportarbeiterverband 1 mit ja, vom Bauarbeiterverband 1 mit ja. Insgesamt haben diese freigewerkschaftlichen Organisationen also 57 Stimmen abgegeben. Davon waren 46 für und 11 gegen die Entschließung. Klarer kann der Wille der Mitglieder nicht zum Ausdruck kommen.

Außerdem wurde noch folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Reichskonferenz der in der deutschen Bergbauindustrie beschaffigten freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer stellt fest, daß auch die neuen Lohnverhandlungen keine tatsächliche Verbesserung der Wirtschaftslage der Arbeiterschaft bedeuten, sondern nicht einmal einen ausreißenden Ausgleich für die fast sprunghaft eingetretene Lebensmittelpreissteigerung darstellen. Der dem Deutschen Reich ausgegangene Schaden der Reparationsleistungen an die Entente hat die kapitalistische Spekulation förmlich aufgeweicht. Dadurch ist wieder eine so erschreckende Entwertung der deutschen Mark herbeigeführt, daß eine unheilvolle Katastrophe zu besorgen ist. Wir appellieren deshalb an die Organisationen der ausländischen Kameraden, die gleichfalls unter der wahnwitzigen Valutakrise schwer zu leiden haben, ihren vollen Einfluß auf die Regierungen ihrer Länder auszuüben im Sinne einer besseren Verständigung der Entente mit der deutschen Reichsregierung über die Abgeltung der Reparationsverpflichtungen. Andernfalls richtet die profitierliche kapitalistische Spekulationslust im Verein mit der nationalstolischen Witterung zunächst die europäische Wirtschaft, dann aber auch die arbeitende Bevölkerung zugrunde. Die Ausschöpfung der Reserven im Rheingebiet und die Zuerkennung Oberschleusens an Deutschland gemäß dem Resultat der Volksabstimmung sind ebenfalls dringende Sicherheitsmaßnahmen gegen das drohende Chaos.

Die Reichskonferenz versichert der Reichsregierung die tatkräftige Unterstützung der Bergwerksarbeiter zum Schutze der republikanischen demokratischen Reichsverfassung und erwartet mit Bestimmtheit, daß die Reichsregierung vor jeder Drohung der reaktionären Kreise zurückweicht. Wie der Kapp-Putsch 1920 die Entwicklung der deutschen Wirtschaft zur Gefährdung empfindlich gestört hat, so wird unser Wirtschaftsleben noch andauernd beunruhigt durch die Treibereien der Reaktionäre, deren Opfer nun auch der Abg. Erberger geworden ist. Die gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter wissen, daß eine Wiederherstellung des alten Regimes auch die frühere Unterdrückungspolitik gegenüber den Bergwerksarbeitern wieder ausleben lassen würde und sind deshalb fest entschlossen, mit all ihrer Macht der Reaktion entgegenzutreten. Dazu müssen sich die Kameraden in allen Bezirken ständig bereithalten.

Eröffnet und geleitet wurden die Verhandlungen von unserem Verbandsvorsitzenden Abg. Gusemann mit Worten der Begrüßung an Vertreter, Gäste und Presse. Als Gast wohnte der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt den Verhandlungen bei, ebenso der Referent im Reichswirtschaftsministerium, Abg. Rofolans Dieroth. Anwesend waren auch die Vertreter unseres Verbandes in den Selbstverwaltungskörpern der Reichskohlen- und Reichskalkwirtschaft, unsere Kameraden Köpfer, Sasse, Dölle, Garbe und Krauß. Der Reichsarbeitsminister Braun hatte schriftlich mitgeteilt, daß er der Geschäftslage halber weder selbst erscheinen noch einen Vertreter entsenden könne. Bei den Bergarbeitern hat sich der Reichsarbeitsminister mit diesem Schreiben keinen Stein ins Brett gesetzt, das wurde während der Verhandlungen auch wiederholt zum Ausdruck gebracht. In einem Geheimrat würde es doch allenfalls noch gelangt haben.

Über das Ergebnis der zentralen Lohnverhandlungen berichtete das Vorstandsmitglied unseres Verbandes, A. Schmidt, der unter anderem ausführte:

Der Anbahnung zentraler Lohnverhandlungen standen außerordentliche Schwierigkeiten entgegen, die sich besonders aus der Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Bergbaubezirken ergaben. Zudem lehnten die Werksbesitzer zentrale Lohnverhandlungen zunächst grundsätzlich ab und erklärten dazu am 19. August schriftlich:

Die Arbeitgeber stehen auf dem Standpunkt, daß mit Rücksicht auf die verschiedenen Verhältnisse in der Lebenshaltung und auf die verschiedene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Bergbaubezirke eine zentrale Regelung der Lohnfrage nicht durchführbar ist.

Weiter hielten die Arbeitgeber es für richtig, daß in den einzelnen Bezirken nach Verständigung der tariflichen Vereinbarungen Verhandlungen geführt werden mit dem Ziel, daß da, wo es notwendig ist und wo es die Entwicklung der Preise ihrer Erzeugnisse und die Leistungsfähigkeit der Bezirke gestattet, durch entsprechende Lohn- erhöhung den schon vorhandenen Ansätzen der Erzeugung Rechnung getragen wird.

Dabei hatte der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft am gleichen Tage folgende Entschließung angenommen:

Nachdem die in der Verhandlung am 1. April 1921 gewährte Erhöhung des Brotgetreides eingetreten ist, empfiehlt der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft, gemäß dem damaligen Beschlusse in den Verhandlungen der Tarifkontrahenten dieser Tatsache und ihren Folgen Rechnung zu tragen, soweit das noch nicht geschehen bzw. ausdrücklich vereinbart ist.

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft empfiehlt hier also, der Verteuerung der Lebenshaltung durch entsprechende Lohnverhandlungen Rechnung zu tragen, zentrale Lohnverhandlungen aber lehnen die Werksbesitzer grundsätzlich ab. Das konnten sich die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen nicht gefallen lassen und sie faßten am 20. August eine Entschließung, worin es u. a. heißt:

1. Die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise betrifft alle Bezirke fast gleichmäßig. Aus diesem Grunde müssen die Arbeiterorganisationen an der zentralen Lohnregelung festhalten.
2. Die pöblich eingetretene Verteuerung bedingt eine möglichst schnelle Regelung des Lohnausgleichs. Die Regelung nach erfolgter Aufhebung der Tarife würde eine wesentliche Verzögerung nach sich ziehen und eine Beunruhigung unseres Wirtschaftslebens bedeuten.
3. Die Arbeitnehmervertreter halten einen Lohnausgleich für alle Bergbaubezirke für notwendig.

Außerdem richteten die Arbeiterorganisationen am 20. August an den Reichsverband der deutschen Industrie Fachgruppe Bergbau ein Schreiben, worin es u. a. heißt:

1. Die Arbeiterorganisationen können von den zentralen Verhandlungen nicht ablassen, in denen eine grundsätzliche Verständigung über eine angemessene Lohnverhöhung für sämtliche Bezirke erzielt wird.
2. Die Lohnverhöhung um durchschnittlich 12 % je Schicht ab 1. Aug. 1921 muß als dringlichste bezeichnet werden.
3. Zur Erledigung der beiden vorstehenden Forderungen hat eine Konferenz der Arbeiterorganisationen eine Frist bis zum 1. Sept. 1921 offen gelassen.

Siezu gaben die Werksbesitzer am 26. August eine Erklärung ab, worin sie die Notwendigkeit einer Gehalts- und Lohnverhöhung anerkannten, deren Durchführung und Höhe aber von den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Bergbaubezirke abhängig sein müsse. Sie seien bereit, in den einzelnen Bergbaubezirken sofort in Lohnverhandlungen einzutreten und zu der Frage der zentralen Lohnverhandlungen baldigst Stellung zu nehmen. Diese Stellung gaben die Werksbesitzer am 30. August bekannt in folgender Erklärung:

Nach dieser Erklärung haben die Werksbesitzer ihre grundsätzliche ablehnende Stellung gegen zentrale Lohnverhandlungen also glatt aufgegeben. Trotzdem schrieb die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ am 3. September über die zentralen Lohnverhandlungen im Reichsarbeitsministerium u. a.:

„Die Arbeitgeber haben ihren Standpunkt, an der reibungslosen Regelung der Lohnfrage festzuhalten, durchgesetzt, nachdem der Standpunkt der Arbeitnehmer, von denen Vertreter aller Bezirke anwesend waren, sich dem der Arbeitgeber angenähert hatte.“

Genau das Gegenteil von dem, was hier behauptet wird, ist also richtig. Nicht die Arbeitnehmer haben sich dem Standpunkt der Arbeitgeber angenähert, sondern die Arbeitgeber haben sich dem Standpunkt der Arbeitnehmer angenähert. So wird geschwätzt.

Die zentralen Lohnverhandlungen fanden am 1. September im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Braun statt und dauerten von 10 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends. Es wurde folgendes Ergebnis erzielt:

Es sollen erhalten an Lohnzulagen auf die am 31. August bereits bestehenden Tariflöhne: 1. das Ruhrrevier je Schicht durchschnittlich 10 %, 2. das Ruhrrevier Braunkohlenrevier Köln je Schicht durchschnittlich 10 %, 3. das Steinkohlenrevier Aachen je Schicht durchschnittlich 8,50 %, 4. das Steinkohlenrevier Niederschleien je Schicht durchschnittlich 7,50 %, 5. die Steinkohlenreviere Freistaat Sachsen je Schicht durchschnittlich 7,50 %, 6. der Steinkohlenbezirk Jöhrenbüren je Schicht durchschnittlich 8,50 %, 7. der Steinkohlenbezirk Niederschleien je Schicht durchschnittlich 6,50 %, 8. das mitteldeutsche und ostelbische Braunkohlenrevier (Sachsen) je Schicht für Arbeiter über 18 Jahre 7,50 %, für Arbeiter unter 18 Jahren und weibliche Arbeiter 3,50 %.

Die Verhandlungen im Kaliberbergbau hatten vorher stattgefunden und deren Ergebnis muß für sich betrachtet werden, weil die Kaliberbergarbeiter an vorhergehenden Lohnverhandlungen nicht teilgenommen hatten und infolgedessen besonders ungünstig gestellt sind. Infolge der Verschiedenheit in den einzelnen Bergbaubezirken ließen sich auch bei den zentralen Lohnverhandlungen einheitliche Lohnverhandlungen nicht durchsetzen. Immerhin bedeuten die zentralen Lohnverhandlungen einen großen Fortschritt, was sich noch in späterer Zeit zeigen wird.

An der Aussprache beteiligten sich, wie schon angeführt, 31 Vertreter aus allen Bergbaubezirken. Es blieb dabei nichts unerörtert. Leider können wir auf Einzelheiten wegen Raum- mangels nicht eingehen. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen unseres Vertreters im Reichskohlenbezirk, Geogr. Köpfer, über die internationale Kohlenwirtschaft, die wir deshalb auf alleseitigen Wunsch kurz folgen lassen:

Für die Zukunft wird die deutsche Kohlenwirtschaft von der internationalen Kohlenwirtschaft stark beeinflusst werden, im Gegensatz zu den letzten Jahren. Wir trübten in den letzten Jahren durch den Krieg und den ihm folgenden Friedensvertrag eine Kohlenwirtschaft, die ausnützte die Kohle konnte infolge hohen Preises und der hohen Frachtlage in Deutschland nicht aufsteigen. Das hat sich sehr geändert. In der Höhe in New Castle wurde der englische Kohlenpreis wie folgt notiert: Im Juni 1920 für beste Affelkohle je Tonne 140 Schilling und im April 1921: 42,6 Schilling; für beste Gaskohle 120 Schilling und im April 1921: 40-42,6 Schilling. Der amerikanische Preis im August 1920 betrug für Pittsburg: Kesselkohle 10 Dollar, und dieses Jahr nur 2,50 Dollar. Pittsburgher geliebte Gaskohle kostete 1920 im August 12 Dollar und jetzt nur 3,25 Dollar. Der Kohlenpreis ist sehr gefallen. Noch mehr gefallen sind die See-Preise. Die Frachten für amerikanische Kohle nach Hamburg je Tonne betragen im Januar 1920: 25 Dollar und im Januar 1921: 4,75 Dollar. Die englische Kohle wird jetzt je Tonne für 7 Schilling nach Hamburg gefahren. Die Frachtlage werden noch weiter sinken, weil der Tonnenschiff der Sanbels- dampferflotte der Welt von 1914 bis Mitte 1920 um 800 000 Brutto- Register-Tonnen, das sind 19 Prozent, zugenommen hat und am Ende des 3. Vierteljahres betrug der Auftragsbestand der Werften in den wichtigsten Staaten rund 7,6 Millionen Brutto-Register-Tonnen.

Durch diese Tatsachen erscheint die englische und amerikanische Kohle als Konkurrenz auf dem deutschen Markt, sobald die deutsche Valuta fest ist. Sie wird dann den deutschen Kohlenpreis und die Lohnverhandlungen sehr bedrücken. Das Ausmaß der Lohnforderungen wird dann nicht mehr von uns allein bestimmt werden können, sondern von der Weltkonjunktur mit an erster Stelle abhängig sein. Danach haben wir uns einzurichten. Durch keine Macht, auch nicht durch Streiks, werden wir den Einfluß der Weltkonjunktur auf unsere Verhältnisse abwenden können und deshalb haben wir in den Kreis unserer Betrachtungen auch die internationale Kohlenlage einzubeziehen.

An der Aussprache beteiligten sich der Reichswirtschaftsminister Schmidt und der Abg. Hue. Letzterer sprach über die Lage der Bergarbeiter in den anderen Ländern, die auch für uns von großer Bedeutung ist. Wegen ihrer Bedeutung werden wir die Reden von Schmidt und Hue sowie noch manches andere nachtragen. Im Schlußwort teilte unser Kamerad August Schmidt mit, daß für den Ruhrbergbau folgende Vereinbarung getroffen worden sei:

Die Parteien verständigten sich auf folgender Grundlage: Die Bergarbeiter erhalten vom 1. September 1921 ab eine Zulage auf den Grundlohn in Höhe von 6 %, auf den tariflichen Grundlohn in Höhe von 5 %.

Die Arbeitgebervertreter verpflichteten sich zur Durchführung dieses Bedingungslohn in der Weise, daß auf der einzelnen Schichtanlage der Gauerdurchschnittslohn vom Oktober 1921 ab gegenüber dem entsprechenden Gauerdurchschnittslohn des Monats Juni 1921 um 5 % zu erhöhen ist, wobei jedoch Unterzahlungen für die einzelne Schichtanlage bis zum Betrage von 50 Pf. seitens der Arbeitnehmer nicht beanstandet werden sollen.

Die Arbeitnehmervertreter setzen jedoch bei ihrem Einverständnis voraus, daß bereits vom September ab eine entsprechende Regelung eintritt.

Die Arbeitgebervertreter erklärten, daß sie den festen Willen hätten, diese Regelung bereits für September durchzuführen, daß sie lediglich eine Verpflichtung für diesen Monat nicht übernehmen könnten.

Mit dieser Erklärung geben sich die Arbeitnehmervertreter zufrieden. Auch der Inbalsiden, Witwen und Waisen wurde gedacht und eine Erhöhung ihrer Zulagen gefordert. Darauf werden wir ebenfalls zurückkommen. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde dann die Reichskonferenz vom Vorsitzenden Gusemann mit einem Hoch auf die Einigkeit der in der Bergbauindustrie beschäftigten Arbeitnehmer geschlossen.

Wohl dem, der noch arbeiten kann.

Hilfe den Armen!

Arbeit ist des Bürgers Stütze, Segen ist der Mühe Preis! ... Wohl dem, der noch arbeiten kann.

Der Kopf der Unternehmer geht nach Profit und abermals Profit!

Kann ihnen dieser in acht Stunden nicht geschaffen werden, ... Der Kopf der Unternehmer geht nach Profit und abermals Profit!

Es bleibt kein anderer Ausweg, als die Leistung zu erhöhen und die Produktion zu den augenblicklichen Preisen am Markte zu lassen.

Dabei gibt es Millionen Arbeitslose in den Kulturländern, ... Die Wahrheit über den Hunger.

Die Massen aber, welche Log für Kohle Produktion in harter geistiger und körperlicher Fron schaffen, sollen noch schärfer angegriffen werden.

Die Arbeiter aber, welche Log für Kohle Produktion in harter geistiger und körperlicher Fron schaffen, sollen noch schärfer angegriffen werden.

Wer hat den Mut, in dies Teufelsrad zu greifen und es zum Stillstand zu bringen?

Nur wenn die deutsche Arbeiterschaft einig ist, ihren parlamentarischen Vertretern geschlossen zur Seite steht, wird es möglich sein, eine gesunde Wirtschaftspolitik zu schaffen.

Sieht es zurzeit schon schlimm aus für die, welche noch im Besitze ihrer Volkraft sind, so erit recht elend für jene, die gezwungen frantfeieren.

Was man endlich dazu schreiben? oder soll es erst zum Ausbruch der Erbitterung kommen, um der Forderung zugunsten der frantfeiernden Kameraden Nachdruck zu verleihen?

Die Vermögen der großen Krankenkassen sind gestiegen, da bei dem heutigen Krankengeld nur der frantfeiert, der zum Verlassen des Bettes nicht mehr fähig.

Die Vorstände der Kassen wären bereit, die Krankengelder zu erhöhen; doch können sie über die Vorschriften der RDD nicht hinaus.

Das Krankengeld darf heute nicht mehr als 75 Prozent des Grundlohnes von 30 Mk. betragen.

Zeit wird es endlich, daß das Reichsarbeitsministerium eine Verordnung erläßt zur Erhöhung des Grundlohnes und zwar bahingehend, daß

der wirkliche oder durchschnittliche Arbeitsverdienst als Grundlohn gelten soll.

Am schlimmsten sind aber die Krappheits- und Reichsrentner daran, die nicht mehr arbeitsfähig sind. Wir dürfen nicht zwischen wie diese langsam verhungern.

Strengt aber auch nicht die Fische der Hungerlöhne in Deutschland dahinter her!

Die arbeitsunfähigen Krappheitsinvaliden, Witwen und Waisen die Reichsrentner! Helft auch ihnen! Überall, wo Krappheitsvereine und wo soziale Organisationen sind, in den Krappheitsvereinen zuerst, muß ihnen beigegeben werden.

Deshalb sorgt vor, solange es noch Zeit ist! Verpflichtet die Werke, welche gute Ausbeute machen, einen bestimmten Prozentsatz ihres Reinertrages

für die nach Brot hungernden Rentner auszuwerfen, für jene, die ihre Arbeitskraft bei der Bergarbeit gelassen haben. Das Brot ist sehr groß! Nicht auf der Straße, auf der Suche nach Brot sind diese deutschen Armen, die schwach, sich von ihrem Brote zu erheben, entkräftet von Hunger und Elend, sondern im stillen Kämmerlein verliert ihr Lebenslicht.

Da noch Reiche schlammern, muß auch Brot für die Armen gefunden werden.

An alle Parlamentarier geht dieser Ruf, den Armen unseres eigenen Landes gut es nun, zu helfen.

Zur Lohnbewegung im Bergbau.

Es scheint, daß die politischen Schieber an der Rheinisch-Westfälischen Zeitung nichts Besseres zu tun haben, als durch Tatsachenverdrehung die politische und wirtschaftliche Atmosphäre zu verpesten.

Wir besitzen, daß es der Vertreter des Grubentapitals, der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, schwer fällt, einzusehen, daß die Werksbesitzer mit ihren harten Prinzipien - unter keinen Umständen zentrale Verhandlungen - nicht unter die Räder gekommen sind.

Als zum 30. August haben die Arbeitgeber-jede zentrale Verhandlung abgelehnt, ja selbst während der Verhandlungen am 1. September haben sie des Abtritts noch versucht, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen und in die einzelnen Bezirke zu verlegen.

Zur Sache selbst ist noch folgendes zu sagen: Bei den Verhandlungen am 19. August in der Reichsarbeitsgemeinschaft Bergbau haben die Arbeitgeber die zentralen Verhandlungen abgelehnt, ebenso die Höhe der Förderung bestritten, sowie die Lohnverhandlungen selbst von der Kündigung der Westtarife abhängig gemacht.

Die bestehenden Löhnerverhältnisse lassen in allen Bergbaubezirken eine Gehalts- und Löhnerhöhung als angemessen erscheinen, deren Durchsührung und Höhe von den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Bergbaubezirke und von der Arbeitslosigkeit im Bergbau abhängig ist.

Das ist der wirkliche Tatsachenbestand und nicht, wie ihn der Bericht der Rheinisch-Westfälischen Zeitung darstellt.

Also nicht die Arbeitgebervertreter haben sich den Ansichten der Arbeitgeber genähert, sondern umgedreht, die Arbeitgeber haben durch das Drängen der Arbeiterschaft von ihren Ansichten ganz erheblich nachgelassen und sich den Wünschen und Forderungen der Arbeiter genähert.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Ruhrkohlenförderung betrug nach vorläufiger Feststellung im August 8,13 Millionen Tonnen, etwa 350 000 mehr als im Vormonat.

Der Bericht des Vereins für die Interessen der rheinischen Braunkohlenindustrie (Eich Köln) enthält interessante Mitteilungen über die Entwicklung der deutschen Braunkohlenindustrie seit 1913.

Table with 3 columns: Braunkohlenförderung, Bruttoerzeugung, and Nettoerzeugung. Rows for 1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920.

Stiernach konnte die Gesamtförderung für Braunkohle 1920 auf 12,1 Prozent (rhein. Braunkohlenbezirk allein: 14,5 Prozent) der Steinkohlenförderung gebracht werden gegenüber nur 6,1 Prozent bei der Steinkohlenförderung.

Bei Lann in der Rhein wurde der Montan-Gesellschaft für Güten, Wöhringen und Gemilke Industrie m. b. H. in Frankfurt am Main das Bergwerkskonzern auf einem 2199 Quadratmeter großen Gelände veräußert.

Die neue Kalkpreisbildung

Table showing Kalkpreisbildung with columns for location (Garnall, Carnall, etc.), quantity, and price.

Die holländischen staatlichen Kohlenminen erzielten 1920 einen Uberschuß von 12,8 Millionen Gulden, fast doppelt so viel wie vorjährig.

Renovable Staatsgruben.

Die holländischen staatlichen Kohlenminen erzielten 1920 einen Uberschuß von 12,8 Millionen Gulden, fast doppelt so viel wie vorjährig.

Entwicklung der Eisenpreise.

Table showing the development of iron prices for various grades like Pohlbleche, Vorbleche, etc., with columns for price and quantity.

Ueber die Preisentwicklung in England und Amerika unterrichtet folgende Zusammenstellung, die des Vergleichs halber auch eine Anzahl deutscher Preise enthält:

Table comparing iron prices in Great Britain, Germany, and America, with columns for location and price.

Es geht aus dieser Zusammenstellung hervor, daß die gegenwärtige Preislage gegenüber den Vorkriegspreisen im wesentlichen Amerika teurer ist als das 1/2fache, in Großbritannien nur knapp das 1/2fache.

Von den Betriebsräten.

„Sie schmüßeln mir zuviel!“

Die Art und Weise, wie Herr Betriebsratschef A. n. t. e. s. der Grube Louise, Brüggen, den Mitgliedern des Betriebs- und Arbeiterrats gegenübertritt, veranlaßt uns, öffentlich dagegen Stellung zu nehmen.

Zudem hätten wir von dem akademischen Bildungsgrad des Herrn ein ganz anderes Verhalten anständigen Menschen gegenüber erwartet, auch wenn diese zufällig einen Arbeitertitel tragen.

Arbeitgeber benutzen Hintertüren.

Mit den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes wollen sich eine große Anzahl Arbeitgeber, große und kleine, nicht abfinden; sie sind ihnen ein Dorn, wenn nicht gar ein Balken im kapitalistischen Auge.

zahlen. Die Arbeitnehmer müssen auf der Hut sein, damit das Um-

geben des Betriebszweiges behindert wird. In solchen Fällen bleibt nur die Klage vor dem Gewerbeamt übrig.

Belgische Kritik des deutschen Betriebsrätegesetzes.

Der Kongress des belgischen Metallarbeiterverbandes beschäftigte sich mit dem Projekt der Arbeiterkontrolle. Als Grundlage der Besprechung dienten das Gutachten einer von ihm eingesetzten Kommission über das deutsche Betriebsrätegesetz.

Unter anderem verurteilen die belgischen Betriebsräte über Rechte, welche eigentlich den Gewerkschaften zuzuwenden seien. Die belgische Kommission meint, daß die Kontrollrechte geteilt werden müssen: die Betriebsräte sollen die Produktion, den Verkauf und die Gewinne kontrollieren.

Internationale Rundschau.

Etsch-Lothringischer Einigungskongress.

Das Organ (Nr. 16) der etsch-Lothringischen Bergarbeiter teilt mit, der Verschmelzungskongress in Zabern habe die Erwartung der Verschmelzungskongresse „voll und ganz erfüllt“. Die Vereinigung der Bergarbeiterverbände in Etsch-Lothringen zu einem Verband sei nach kurzer Diskussion „nahezu einstimmig beschlossen“ worden.

Der Streit auf der holländischen Dominialgrube.

zur Abwehr starker Lohnnachlässe dauert nun über 1 1/2 Monate. Die gesamte Belegschaft ist einzig im Abwehrkampf. Wir erwarten von den deutschen Bergleuten, daß sie kein Arbeitsangebot aus Holland annehmen.

Der britische Gewerkschaftskongress.

wurde am 6. September in Cardiff eröffnet. 650 Delegierte vertreten über 3 Millionen Mitglieder. Der Kongresspräsident Boulton erklärte in seiner Eröffnungsansprache, die Gewerkschaften müßten neue Methoden zur Verwirklichung ihrer Ziele einführen.

Krisis im tschechischen Bergbau.

Der Lohnvertrag im Ostauer Kohlenbergbau wurde gekündigt. Die Unternehmer beabsichtigen eine starke Lohnreduktion. Auf dieser Lage befaßte sich eine Gesamtsitzung des Vorstandes und der Bezirksleitungen unserer Bruderorganisation, der Union in Zuzen. Dort wurde, nach dem „Einkauf“, festgestellt, daß auch die Bergarbeiter in den übrigen Gebieten planmäßig Versuche unternehmen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter zu verschlechtern.

Am 31. August hielten die drei verbündeten Bergarbeiterverbände Tschechoslowakiens in Prag eine Vorstandssitzung ab unter Anführung der Bezirksleitungen. Man wurde sich einig, die Kameraden in Mährisch-Ostau und Kaschau, wo die Unternehmer den Tarifvertrag kündigten, um Lohnkürzungen herbeizuführen, aufzufordern, Tarifverhandlungen, die diesen Zweck haben, abzulehnen, aber auch keinen vertragslosen Zustand zu akzeptieren.

Mosauer Internationale und kritischer Bergarbeiterkampf.

Die „unionistischen“ und „kommunistischen“ Maulschellen fahren fort, die freigelegten Zentralverbände (Amsterdamer) zu beschuldigen, nicht für die kämpfenden britischen Bergleute getan zu haben. Da es zweifellos ist, gegen bewußte Lügner zu polemisieren, sei hier registriert, wie die in Berlin erscheinende „kommunistische Arbeiterzeitung“ urteilt. Sie schreibt:

Während sogar die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale beschuldigt hat, durch tschechische Solidarität den Kampf der englischen Bergarbeiter zu unterstützen, während sie sich bemühte, den Transport von Steinkohlen aus dem Ruhrgebiet und dem Saarbecken nach England zu verhindern, um die Arbeiter in England zu verunsichern.

Steinkohle zu verladen, ist die dritte Internationale (Moskau) gegenüber dem Kampf der englischen Gewerkschaften summiert und unartig geblieben.

Das genügt. Unser Bergarbeiterverband hat den britischen Kameraden 2 1/2 Millionen Mk. Unterstützung geschickt. Die „Kommunisten“ aller Grade haben sich mit „flammenden Reden“ begnügt.

Hilfe für das russische Volk.

Die proletarischen Organisationen in der Tschecho-Slowakei haben einen „Arbeiterauschuss“ eingesetzt, dem die Verwaltung eines Hilfsfonds für Rußland anvertraut wurde. Laut Bericht des gemeinsamen Arbeiterauschusses wurden die drei Gewerkschaftszentralen der Republik aufgefordert, während vier Wochen, von der zweiten Augustwoche beginnend, den Lohn für je eine Arbeitsstunde pro Woche von ihren Mitgliedern einzuhalten und an den russischen Hilfsfond abzuliefern.

Alle Vertrauensmänner, Postler, Betriebsräte der Bergarbeiterunion werden aufgefordert, diese Aktion schon bei der kommenden Lohnzahlung durchzuführen.

Sechs Millionen Arbeitslose.

werden in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gezählt. Nichts kann schärfer die Unhaltbarkeit des kapitalistischen Profitprinzips kennzeichnen als dieses Arbeitslosenent in dem überreichen Amerika.

Knapplchaftliches.

Für die Invaliden, Witwen und Waisen.

Um die durch die Preissteigerung der Lebensmittel während des Krieges in düsterste Not geratenen Invaliden, Witwen und Waisen zu schützen, beantragte die Vorstandsstellen im Allgemeinen Knappheitsverein, daß neben der Rente an die bedürftigen Invaliden, Witwen und Waisen eine Teuerungszulage zu zahlen sei.

Der Invaliden, welcher weniger Einkommen hat als monatlich 300 Mk., erhält 42 Mk. Die Witwe erhält, wenn das Einkommen monatlich 200 Mk. nicht übersteigt, 31,50 Mk. und für jedes Kind unter 15 Jahren werden 10 Mk. monatlich gezahlt.

Invaliden, Witwen und Waisen besitzen nach 1. St. durch die Verteuerung der Bedarfsartikel in einer sehr hohen Lage. Aus diesem Grunde beantragen die Vorstandsstellen, im Monat August, die Zulage um 100 Prozent zu erhöhen. In der am 8. d. M. tagenden Vorstandssitzung wurde der Antrag beschlossen.

Durch Gesetz vom 29. Juli 1921 ist das 4. Buch der Reichsversicherungsordnung über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung geändert worden. Es wurden anstelle der bisherigen 5 bis 8 Lohnklassen gebildet und die Beiträge und Leistungen erhöht. Im A.M. waren bisher sämtliche Arbeiter in der höchsten (5. Lohnklasse) versichert. Der Vorstand beschloß, probeweise für ein Jahr auch jetzt wieder sämtliche Versicherten in der höchsten Lohnklasse zu belassen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Ein beherzigenswertes Bekenntnis.

„Die wichtigste Aufgabe ist heute der Schutz und die Stärkung der demokratischen Republik. Dies muß einmal mit aller Dringlichkeit ausgesprochen werden. Es muß aufhören, daß man glaubt, sich die Dinge zu zerberechnen, wenn man von Demokratie und Republik, wenn man von der Weimarer Verfassung spricht. Ich müde niemand einen Gewissenswechsel zu, aber es geht nicht an, auf dem Boden verschwundener Herrschaft eine Politik aufzubauen.“

Diese Sätze sprach am 6. September in Essen in einer Massenversammlung katholischer Arbeiter der Reichspostminister Giesberts, bekanntlich einer der ältesten Führer der christlichen Gewerksvereine. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß sich Giesberts Aufforderung auch an zahlreiche seiner Parteigenossen richtet, die keineswegs die Mordbege gegen Eraberger bekämpft haben, sondern ihr durch Verunglimpfung des Ermordeten Vorwurf noch geleistet haben. Die Erabergerfeindschaft der zentralistischen „Essener Volkszeitung“ ist dafür Beweis genug.

Diese Feststellung aus diesem Munde ist von besonderer Wichtigkeit; ergibt sich doch aus ihr, daß die führenden Kreise in der katholischen Arbeitererschaft die Beweggründe des Mordes genau so beurteilen, wie die Vertreter der freien Gewerkschaften. Daß es sich um einen politischen Mord handelt, erklärt auch die „Vergewaltigung“ (4. Sept.), die Abtrünnis der Freibeit scharf beurteilt und mißgestimmt bemerkt, durch die Tötung Eraberger sei die „Erzbergererei“ gefördert worden.

Es hilft der nationalitätlichen Presse nichts, daß sie sich nun krampfhaft bemüht, ihre Erabergerfeindschaft zu beteuern. Die Gegenbeweise liegen in der Hand der Arbeitererschaft. Die Gegenbeweise liegen in der Hand der Arbeitererschaft. Die Gegenbeweise liegen in der Hand der Arbeitererschaft.

Herr, vergiß ihnen...

Ein Kamerad teilt uns folgendes Erlebnis mit: In der Wäsche der Frau Hermann in Selm war eine Bekanntschaft der freien Gewerkschaften ausgefallen, worin um rege Beteiligung an einem geplanten Ausflug für Samstag erlaubt wurde.

Ein neben mir stehender Kamerad bemerkte ironisch dazu: „Jeder muß 1000 Mk. mitbringen.“ Ich frag ihn, ob er nicht mitgehen könne. Antwort: „Ich gehöre keinem Verein an.“ Ich wies darauf hin, daß er doch einem Verein angehört, dem Verein der Unorganisierten. Er sagte: „nein“, er sei bei der Union, weil er dort am wenigsten bezahlen brauche, und das sei die Hauptsache.

Ich nicht organisiert sein müßte, wäre er auch nicht bei der Union. Ich erwiderte ihm, daß es noch eine billigere Organisation gebe: die Gelben. Er war neugierig, und ich erklärte ihm, er müsse zum Betriebsführer gehen wegen der Aufnahme, die Beiträge würde die Rechnungverwaltung zahlen. Antwort: „Da will ich mal hingehen.“

Gebirge öffentliche Bergarbeiterversammlung.

Das kam so: Um wieder Leben in die Dube zu bringen und die Gebirge öffentliche Bergarbeiterversammlung.

berammlung in das Baalische Lokal zu Sonntag, den 4. September. An Tagesordnung: Die Lohnbewegung der Bergarbeiter und Stellung dazu.

Wollte auf den kommunistischen Heim heute saß niemand mehr kriecht, mußte die letzte Lohnbewegung der Bergarbeiter für die Stärkung der kommunistischen Partei ausgenutzt werden. Die Mitglieder der kommunistischen Partei reihen aus wie Schafherde, und da heißt es für die Parteileitung, alles zu versuchen, um der Frucht Einhalt zu bieten.

Der auf die Versammlungsplakate angefordigte „mächtige“ kommunistische Referent blieb trotz des Hundentausenden Mariens aus. Der Versammlungsleiter teilte nun mit, daß der angefordigte „mächtige“ Referent nicht erschienen sei, jedoch im Saale bestimme sich ein Diskussionsreferent, der Kamerad Otter (Wochum), der wohl in der Lage sei, über den Stand der Lohnbewegung der Bergarbeiter Auskunft zu erteilen.

Kamerad Otter teilte zur Geschäftsordnung mit, daß er bereit sei, über die Lohnbewegung Auskunft zu erteilen, jedoch nur Mitglieder des Verbandes. Lehnte grundsätzlich ab, hier Unionisten, Syndikalisten und Unorganisierten, diesen Beitragsgehenden Elementen, irgendwelche Auskunft zu erteilen; er beantragte somit, die kommunistische öffentliche Bergarbeiterversammlung zu schließen und eine Mitgliederversammlung des alten Bergarbeiterverbandes daraus zu machen. Die Mitglieder des Verbandes schloß sich die überlebende Zahl der Verschiedenen und auch der Versammlungsleiter, Kamerad David, an. Er schloß kurzer Hand die kommunistische öffentliche Bergarbeiterversammlung, revidierte die Mitgliederversammlung des Verbandes und forderte diejenigen auf, die dem Bergarbeiterverband nicht angehören, sofort den Saal zu verlassen.

Die Mitglieder des Verbandes schloß sich die überlebende Zahl der Verschiedenen und auch der Versammlungsleiter, Kamerad David, an. Er schloß kurzer Hand die kommunistische öffentliche Bergarbeiterversammlung, revidierte die Mitgliederversammlung des Verbandes und forderte diejenigen auf, die dem Bergarbeiterverband nicht angehören, sofort den Saal zu verlassen.

Wie man aus Hue einen Bolschewiken macht.

Nicht genug damit, daß die rechtsstehende Presse unseren Kameraden Hue zu einem Bolschewiken stempelt, jetzt kommt auch noch eine kommunistische Zeitung, die das behauptet. Eigentümlich ist es, daß nicht nur die Wegegänger, sondern auch die Argumentierung bei beiden Seiten hier dieselbe ist, und daß die Kommunisten sich ihre Beweise bei den Kandidaten herholen.

Der Bolschewismus besteht nach der Auffassung gewisser Leute in der Ausübung der politischen Macht durch das Proletariat — Zerror —, dazu in willkürlichen Eingriffen in die Produktion, die damit zum Stoen käme und Not und Elend zur Folge hätten. Daß die Kapitalisten Dummköpfe sind, hat noch niemand behauptet. Aber all ihre Schamtheit hat noch keinen Ausweg aus dem Irgearten gefunden; in den die kapitalistische Wirtschaft geriet. Wer aber fand den Stein der Weisen? Hue! Hue hat unlängst zum Schutz des deutschen Erzbergbaues vorgeschlagen, die Einfuhr von Auslandserz zu unterbinden.

Herr Hue hat Recht. In dem Augenblick, da dies geschieht, würden unsere Erzgruben reiflos in Betrieb genommen werden müssen. Die Gültenerwerte würden wohl oder übel den Preis, den die Gruben auf Grund von Materialkosten und Löhnen fordern, anzuweichen haben. Die Kosten für das Erz würden natürlich sofort die Eisenpreise beeinflussen.

Die Schamtheit dieser Wichtigmacher vom Schlage eines Hue genügt für einen Tag Wirtschaftspolitik! Was in Rußland die Folge jahrelanger Abzerrungen durch die kapitalistischen Staaten, brachte Herr Hue in einem Tage fertig. Was ist Bolschewismus, Herr Hue?

So ein kommunistischer Zeitungsschreiber lebt doch sehr ungesund, gibt es doch noch Kapitalisten, welche mit allen erdenklichen Mitteln ihrem Besitz verteidigen und ihn e Widerfacher mit den abstrakten Mitteln bekämpfen. Da in den Wäldern des Kapitalismus, in den Gewerkschaftsführern, auch die Kommunisten die Gegner ihre Utopien erdienen, brauchen sie nur den kapitalistischen Krach abzuwarten, und schon haben sie den stammenden Proletariatmassen bewiesen, daß sie und die Kapitalisten die Kluge der Erde sind, die Gewerkschaftsführer dagegen verstehen nichts von der Wirtschaft.

Wenn das Verlangen Hues „Bolschewismus“ bedeutet, so können wir der „Freiheit“ verraten, daß es im Bergarbeiterverband überhannt keine und bei den Bergarbeitern wohl nur recht wenig Menschen gibt, die nicht mit solchem „Bolschewismus“ einverstanden sind. Auf unserem Verbandstag in Stegen wurde dieses einstimmig verlangt, und in den Parlamenten von Bergarbeitervertreter Anträge gestellt, welche eine Einfuhrzölle oder die Kontingentierung der Erz Einfuhr verlangten. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme mögen sich die Kommunisten bei den notleidenden Erzbergleuten beweisen können.

Die Kameraden aus dem Erzbergbau machen wir auf vorstehenden kommunistischen Anfall aufmerksam. Der größte wirtschaftliche Unfug, welcher von Kapitalisten gegen die Gewerkschaftsführer ins Feld geführt wird, ist den Kommunisten zum Kampf gegen solche Menschen zu genug. Diese Leute wollen die Arbeitermassen in eine bessere Zukunft hineinführen, diese Narren oder Rindstöpfe, welche den wirtschaftlichen Dingen soviel verstehen, wie ein Tier von der Geologie. Das geht noch, daß solche „Kommunisten“ den Arbeitern in der Dube Erzbergleuten mit ihrer Dummheit in den Rücken stellen.

Was Bolschewismus ist? Das Arbeiter schändigste Treiben der kommunistischen „Freiheit“, das ist Bolschewismus! Diefelbe „Freiheit“ weih auch schon am 8. September zu sagen, daß das zentrale Lohnabkommen ein „Verrat“ sei. Sie schreit das Zeug dazu zu haben.

Na die Syndikalisten.

Werte Kameraden! Die am Sonntag, den 23. August 1921 in Qudwigsdorf und Deutzburg abgehaltene Aktion der euren dortigen Kameraden hat beunruhigt, daß mehr als 90 Prozent von euch aus Unkenntnis des Ziels und Programms der Syndikalisten auf diesen gegangen sind. In Ludwigsdorf bejuchten acht unserer Verbände 90 auf euch übergetretene Kameraden. Nach ruhiger, sachlicher Ausklärung über einige Punkte erklärten davon 21 den Rücktritt zu unserem Verband. In Deutzburg war vollständig eine Mitgliederversammlung der Syndikalisten. In einer vor dieser in der Halle bei Schwager gehaltenen Aussprache wurden viele gegen unseren Verband erhobene Vorwürfe aufgeführt.

Der wegen uns, den Unterzeichneter, erhobene Vorwurf, daß wir den Kameraden G.D.B. (Hollenberg) bei Herrn Dr. Ortman denunziert, ist eine Unwahrheit und eine ungeheure Verdrehung der Tatsachen. Die Unterzeichneter haben Herrn Dr. Ortman nur darum beauftragt, eine Unwahrheit und eine ungeheure Verdrehung der Tatsachen zu berichtigen.

Die erste Hilfe gegeben, das Unheil nicht entlassen würde. Eine ge...

Wenn unwahr ist das von euch gesagte Gerücht, Mart in d'ler...

Der Vorwurf gegen unseren Verband, warum wir die Engländer...

Alle anderen gegen unseren Verband und dessen Angehörige er...

Ammer mehr und mehr sehen viele von euch ein, daß sie über...

Neurode, im September 1921. Fr. Lauterbach.

Das „Uebel“ von Gelsenkirchen.

In Halle ist am 4. September ein Unionistenkongreß zusammen...

Wir entnehmen diese Zahlen den kommunistischen „Klassen...

Die Unterwerfung unter die Moskauer Beschlüsse ist noch, daß der Kongreß...

Der laienhafte Kiez.

Ein im westdeutschen Industriegebiet erscheinendes nationalstift...

Table with 2 columns: Quantity and Item Name (e.g., 20 000 kg Weizenmehl, 4 150 Roggenmehl).

Solche Mengen Lebensmittel wußte sich die laienhafte Hof...

Aus dem Saargebiet.

Der Verkauf unserer letzten Revierkonferenz hat bewiesen, daß eine...

Ein laienhaftes Verhalten folgt dem anderen, eine Saarpfarrrei der...

Dubweiler zumal sehen die Kommunisten als ihre Hochburg...

Kommunistische Fraktionen in den Gewerkschaften.

Die Verichterstattung über den Moskauer Kongreß der roten Ge...

Rundschreiben sollen aus den Richtlinien für die kommunistische Arbeit...

Aufbau der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen

- 1. Der Aufbau der Fraktion beginnt im Betrieb und am Ort. 2. Zur Erledigung der gemeinsamen Aufgaben... 3. Mindestens ein Mitglied der Parteileitung... 4. In solchen Betrieben und Zahlstellen... 5. In jedem Bezirk muß die Bezirksleitung... 6. Die Leiter der einzelnen kommunistischen Bezirksfraktionen... 7. Die gewerkschaftliche Bezirksleitung... 8. Die Bezirkskonferenz... 9. Die Leitungen der Bezirksfraktionen... 10. Die zu einer Industrie-Gruppe... 11. Der Beirat für die SPD-Zentrale... 12. Die Gewerkschaftsleitung... 13. Die Reichskonferenz... 14. An der Reichskonferenz... 15. Die Gewerkschaftsleitung...

Kampffonds.

Die Parteizentrale, Abteilung Gewerkschaften, wird beauftragt...

Wenn dieser Beschluß innerhalb des Bergarbeiterverbandes keine...

Um den parteiorganisationalen Charakter dieser „Fraktionen“ festzulegen...

I. Das Verhältnis der Gewerkschaftsfraktionen zur Partei. 1. Die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen unterliegen...

Damit noch deutlicher als bisher zum Ausdruck kommt, daß die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen...

Verbandsmitglieder, welche sich parteipolitisch zum Kommunismus...

Über die Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften bestimmen werden...

2. Alle Parteimitglieder sind anzuhalten, sich gewerkschaftlich zu...

Nur ein Verbändler heißt dies etwa folgendermaßen: Die kommunistischen Mitglieder...

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 33. Woche...

Das Mitglied Heinz Steinweg (Hauptnummer 19.284), Jakob Eichholz...

Die Endunterzeichneten Kameraden, die wegen ihrem verbandsmäßigem Verhalten...

Wir beantragen unsere Wiederaufnahme in die Organisation und verpflichten...

Wir erklären ferner, daß wir bereit sind, in Zukunft die Beschlüsse der Generalversammlung...

Wir machen darauf aufmerksam, daß auf den Krankenbelegen Geburtstag und Datum...

Wir bitten um unabhingige Arbeit und Porto zu sparen, erlauben wir, unsterkliche Bitte...

Beirat Moers. Die Stelle als 2. Bezirksleiter ist besetzt. Allen Kameraden besten Dank.

Adressenveränderungen. Als Kassierer für Saargebiet fungiert jetzt Paul Rogel, Dortmund 13.

Bücherrevisionen. Dortmund IV. Vom 15. September bis 1. Oktober 1921. Saarzopf. Vom 15. September bis 1. Oktober 1921.

Krankenunterstützungs-Auszahlung. Allenböge. Am 10. und 20. eines jeden Monats beim Kassierer Adam, Admerstr. 3.

Wittgen. Jeden ersten und dritten Sonntag beim Kassierer Ludwig Lind, In der Markt 53.

Sommer. Jeden zweiten und vierten Sonntag, von 10 bis 12 Uhr vormittags, beim Kassierer Kellhoff, Nr. 223.

Sofleben. Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr beim Vertrauensmann Luis Blume, Bahnhofstr. 1.

Bibliotheken. Stadtbl. Die Gewerkschaftsbibliothek ist geöffnet jeden Sonntag vormittag von 10 bis 11 Uhr in der Volkshochschule, Zimmer 23.

Knappschäftsstellen-Kommission. Sitzung Sonntag, dem 25. September, nachmittags 3 Uhr im Bergarbeiterheim, Saargebiet, 2. Saargebiet, Saargebietstr. 49.

Achtung! Knappschäftsstellen-Kommission Oberhausen. Sonntag, 25. September, nachmittags 3 Uhr im Bergarbeiterheim, Saargebiet, 2. Saargebiet, Saargebietstr. 49.